

## Startschuss für Startchancen-Programm

Von August an soll das größte Optimierungsprojekt in der bundesdeutschen Schulgeschichte umgesetzt werden



Hat das größte Bund-Länder-Programm der bundesdeutschen Geschichte auf die Schiene gesetzt: Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP). Foto: BMB/Guido Bergmann



Sieht ihr Bundesland für das Startchancen-Programm gut gerüstet: Baden-Württembergs grüne Kultusministerin Theresa Schopper. Foto: Kultusministerium Baden-Württemberg/Sabine Schreiber



Sie soll binnen zwei Jahren für den Freistaat einen Schulsozialindex erarbeiten: die bayerische Kultusministerin Anna Stolz (Freie Wähler). Alleine 2400 Grundschulen müssen dafür analysiert werden. Foto: StMJK



Stellte mit ihren grünen Fraktionskollegen einen Antrag zur Erarbeitung eines Sozialindex für die bayerischen Schulen: die Landtagsabgeordnete Gabriele Triebel. Foto: Richard Pircher/k-scaled

Viel Zeit bleibt nicht. Denn schon zu Beginn des kommenden Schuljahres fällt der Startschuss für das größte Projekt, das je in der föderalen deutschen Bildungslandschaft auf die Schiene gesetzt wurde. Es heißt „Startchancen“, hat ein Budget von zwanzig Milliarden Euro, soll für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen und die Basiskompetenzen von rund einer Million Schülerinnen und Schülern stärken. Der Bund und die Bundesländer finanzieren das Vorhaben zu gleichen Teilen – dass die beiden föderalen Ebenen an einem Strang ziehen, unterstreicht die Bedeutung des Projekts.

Es ist ein außergewöhnlichen Kooperationsvorhaben, auf das sich Bund und Länder zu Jahresanfang nach monatelangem Ringen geeinigt haben. „Noch nie war der Handlungsdruck so groß wie jetzt“, begründete Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) die Initiative ihres Hauses. „Wir brauchen eine bildungspolitische Trendwende und sie muss bei den Grundkompetenzen beginnen“, so die Ministerin – auch mit Blick auf die desaströsen PISA-Ergebnisse des vergangenen Jahres. „Wir fördern genau die Schulen, die unsere Hilfe am dringendsten benötigen: Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler.“

Die Länder sehen es ebenso: Die baden-württembergische Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne), ehemals Chef der bayerischen Grünen, spricht von einem „Meilenstein“. Ihr Ministerium arbeitet seit der Unterzeichnung der Vereinbarung im Februar mit Hochdruck an der Umsetzung des Programms. Nur in Bayern glaubten die Verantwortlichen wohl bis zuletzt nicht an einen Erfolg: Schoppers Münchner Kollegin Anna Stolz (FW) zeigte sich im März noch skeptisch. Obwohl die Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Verhandlungskommission der Kultusministerkonferenz (KMK) schon lange ausgearbeitet und unterschrieben war.

### „Sozioökonomisch benachteiligte Schülerinnen und Schüler“

Tatsächlich ist das Projekt in mehrfacher Hinsicht ein großer Wurf: Rund 4000 Schulen in ganz Deutschland (von insgesamt rund 33.000 Schulen laut statista.de), die elf Millionen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unterrichten, werden von dem Vorhaben profitieren; davon 580 in Bayern – der Freistaat erhält immerhin 146 Millionen Euro aus dem Topf. Etwa 60 Prozent der Mittel fließen an Grundschulen, die weiteren 40 Prozent an weiterführende Schulen sowie berufliche Schulen. Gefördert werden Häuser mit einem „hohen Anteil sozioökonomisch benachteiligter Schülerinnen und Schüler“, wie es in der Vereinbarung der Bundes- und Länderministerien heißt. Bekanntlich hängt der Bildungserfolg in Deutschland wesentlich von der sozialen Herkunft ab – ein Hauptkritikpunkt vieler wissenschaftlicher Untersuchungen, darunter auch die PISA-Studie.

Umfang, Ziele und Ausgestaltung des Startchancen-Programms wurden in den vergangenen zwei Jahren intensiv zwischen föderalen Bildungsexpertinnen und -experten ausgehandelt. So sollen etwa in der Grundschule Kernkompetenzen in Deutsch und Mathematik verbessert werden, in den weiterführenden Schulen ist die Befähigung der jungen Menschen zu demokratischer Teilhabe ein wichtiges Thema.

Das Programm setzt sich aus drei „Säulen“ zusammen: Säule I ist ein Investitionsprogramm für eine „zeitgemäße und förderliche Lernumgebung“ mit klimagerechten und barrierefreien Lernorten, die über eine moderne Infrastruktur und eine hochwertige Ausstattung verfügen, so die Vereinbarung. Säule II umfasst ein für jede Schule individuelles „Chancenbudget“ für „bedarfsgerechte Lösungen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung“. Es soll den Schulleitungen „Spielräume eröffnen“ und die Schulautonomie stärken, erklärt das BMBF auf seiner Startchancen-Seite ([www.bmbf.de/bmbf/de/bildung/startchancen](http://www.bmbf.de/bmbf/de/bildung/startchancen)).

Mit der Säule III sollen „multiprofessionelle Teams“ ermöglicht werden. Damit soll das Kollegium um Fachkräfte, etwa aus Pädagogik, Sozialpädagogik und therapeutischen Berufen verstärkt werden. Sie sollen Schülerinnen und Schüler beim Lernen und dem Umgang miteinander helfen, den Dialog zwischen Lehrkräften und Eltern fördern oder auch Eltern beraten, wenn diese Ansprüche auf staatliche Mittel geltend machen können. Der Termin „positive Schulkultur“ fällt in diesem Zusammenhang gleich mehrfach. Klar, dass ein derart umfangreiches Vorhaben wissenschaftlich begleitet und regelmäßig evaluiert wird. Die Vereinbarung zwischen dem BMBF und der KMK umfasst mit Anhängen immerhin 60 Seiten – der administrative Aufwand für die Umsetzung wird sicherlich beträchtlich sein, das zur Verfügung stehende Budget ist es allerdings auch.

Dass das Startchancen-Programm nicht für ungeteilte Freude sorgt, liegt auf der Hand. Die Kritik aus der Bundestagsopposition kam nicht überraschend. Zu wenig, zu spät, meldete sich sinngemäß der CDU-Bildungspolitiker Thomas Jarzombek zu Wort. Nicole Gohlke von der Linke-Fraktion warf der Ministerin vor, dass das Startchancen-Programm nicht dazu beitrage, den Lehrermangel zu lindern. Interessanter waren die Stellungnahmen aus der Bildungsszene: So verteilte Dirk Zorn, Bildungsexperte bei der Bertelsmann-Stiftung, gleichermaßen Lob und Tadel. Einerseits hob er den „Paradigmenwechsel“ hervor, den die gemeinschaftliche Bund-Länder-Maßnahme einleitete. Denn erstmals würden Fördermittel nicht mehr nach dem „Gießkannenprinzip“ verteilt, sondern nach dem tatsächlichen Bedarf. Andererseits, so Zorn weiter, sei das Programm zu klein dimensioniert angesichts der Größe der Probleme. Mit „Gießkannenprinzip“ meint der Wissenschaftler den berühmten-berühmten „Königsteiner Schlüssel“, der seit 1949 gilt und definiert, wie die einzelnen Länder der Bundesrepublik an gemeinsamen Finanzierungen zu beteiligen sind. Danach richtet sich der Anteil, den ein Land tragen muss: zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl. Der Startchancen-Pakt hingegen berücksichtigt die tatsächliche soziale und wirtschaftliche Lage eines Bundeslandes und dessen Regionen, bei der auch Armut und Migration eine Rolle spielen – in der Bund-Länder-Vereinbarung ist übrigens ausdrücklich von „Mindestanforderungen“ die Rede. Ähnlich abwägend wie Zorn äußert sich Dr. Fritz Schäffer, Leiter der Abteilung Schulpolitik im Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband (BLLV): „Dieses Programm geht genau in die richtige Richtung. Schulen in herausfordernden Lagen benötigen Unterstützung von außen, da sie bei den Problemen vor Ort häufig an ihre Grenzen stoßen.“ Schäffer erinnert daran, dass der BLLV schon lange die Schaffung eines schulischen Sozialindex als Grundlage der Budgetierung empfohlen habe.

### Hamburger Sozialindex

„Sozialindex“ ist seit Jahren einer der Schlüsselbegriffe in der deutschen Bildungsgerechtigkeit-Diskussion. Vor zirka dreißig Jahren wurde im Stadtstaat Hamburg ein spezieller Kriterienkatalog auf wissenschaftlicher Basis ausgearbeitet, um die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft einer einzelnen Schule mit einem Wert abzubilden zu können: der Hamburger Sozialindex. Dabei steht eine Eins für Schulen, die eher Kinder aus schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen beschulen und eine Sechs für Schulen, die Schülerinnen

und Schüler aus eher privilegierten sozioökonomischen Verhältnissen unterrichten. Der Sozialindex der Hansestadt verfolgt zwei Ziele: Verteilungsgerechtigkeit und faire Vergleichbarkeit. So erhalten Schulen mit schwierigen Rahmenbedingungen zusätzliche Ressourcen, zum Beispiel für kleinere Klassen in Grundschulen oder für Sprachfördermaßnahmen. Der Index erlaubt zudem, die Ergebnisse von Leistungstests in Relation setzen zu können – Schulen mit ähnlichen sozialen Rahmenbedingungen können miteinander verglichen werden. Da der Index regelmäßig neu berechnet wird, kann mit ihm die Wirksamkeit von Maßnahmen überprüft werden.

Einige Länder folgten dem Hamburger Beispiel oder entwickelten eigene Sozialindizes, darunter Bremen, Hessen, Niedersachsen, Thüringen oder auch Baden-Württemberg. Die baden-württembergische Kultusministerin Schopper wies bei der Vorstellung des Projekts auf ein halbes Dutzend verschiedener Programme und Konzepte ihres Ministeriums hin, die für die Startchancen-Umsetzung herangezogen werden könnten, etwa die sozialindexbasierte Ressourcensteuerung an Grundschulen und der Einsatz von multiprofessionellen Teams, die im Herbst 2022 beschlossen worden waren.

### Bayerischer Sonderweg?

Bayern hingegen hat diese Themen nicht verfolgt. Damit erklärt sich die oben angesprochene Skepsis von Kultusministerin Stolz. Sie befürchtet nun, dass ein Sozialindex zu einer „Stigmatisierung“ von Schulen sowie Schülerinnen und Schülern führen könne. Eine Position, die durch die Erfahrungen in anderen Ländern indes nicht gedeckt ist. Die bayerischen Grünen hatten hingegen schon im Frühjahr 2023 einen Sozialindex für bayerische Schulen gefordert. Nicht zuletzt, weil sie um den Stand der Dinge beim Startchancen-Projekt wussten. Deshalb brachten die Landtags-Grünen und die Landtags-SPD kürzlich das Thema per Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung des Plenums. Die Rednerinnen und Redner der CSU und der Freien Wähler lehnten die Anträge der beiden Parteien auf Einführung eines Sozialindex zwar ab. Auf Nachfrage der Kaufinger Grünen-Abgeordneten Gabriele Triebel stellte Ministerin Stolz dann aber klar: „Wir werden (...) im Zuge des Startchancen-Programms des Bundes einen Sozialindex einführen, weil uns der Bund dies vorschreibt.“ Ihr Haus werde indes nicht nur Armut und Migration als Indikatoren heranziehen, „sondern sehr viel differenzierter vorgehen.“ Wie genau, ließ Stolz offen.

Wenige Tage später teilte ihr Ministerium dem Newsletter table.media mit: „Die Schulen, die für das Startchancen-Programm in Bayern infrage kommen, werden anhand eines Sozialindex ausgewählt. Die Faktoren Armut und Migration müssen dabei in jedem Fall berücksichtigt werden. Inwiefern darüber hinaus weitere Faktoren berücksichtigt werden, ist gerade Gegenstand der Erarbeitung.“

Dass das bayerische Kultusministerium binnen eines halben Jahres alle Schulen sozial einordnen kann, ist nicht zu erwarten, angesichts von allein 2418 Grundschulen. Mit Mittelschulen, Realschulen und Berufsschulen erhöht sich die Zahl auf mehr als 5500. Tatsächlich haben Stolz und ihr Team aber noch etwas länger Zeit: Das BMBF und die KMK haben die Einführungsphase auf zwei Jahre gestreckt. Das heißt, dass der bayerische Schulsozialindex bis spätestens im Sommer 2025 in trockenen Tüchern sein muss. Horst Kramer

**Kfm. Fachwirt (HwO) und Betriebswirt (HwO) m/w/d**  
Kaufmännische Fortbildungen für Ihren beruflichen Erfolg!

**Kursinhalt Kfm. Fachwirt (HwO):**

- Modul 1: Unternehmen und Markt
- Modul 2: Rechnungs- und Finanzwesen
- Modul 3: Personalmanagement

**Termine:** 3. Juli - 29. November 2024, Modul 2, nur Mi.  
2. September - 22. November 2024, Vollzeitkurs  
7. Oktober 2024 - 6. Juni 2025, Abendkurs

**Gebühr:** 4.120,00 Euro inkl. Material

**Kursinhalt Betriebswirt (HwO):**

- Unternehmensstrategie
- Unternehmensführung
- Personalmanagement
- Innovationsmanagement

**Termine:** 4. September 2024 - 30. Juli 2025, Abendkurs  
6. September 2024 - 30. Juli 2025, Freitags-/Samstagskurs  
11. September 2024 - 4. Januar 2025, Vollzeitkurs

**Gebühr:** 5.470,00 Euro inkl. Material

Weitere Infos erhalten Sie bei unseren Infoabenden am 14. Mai 2024 (Kfm. Fachwirt, m/w/d) und am 15. Mai 2024 (Betriebswirt, m/w/d) um jeweils 18.30 Uhr.

Beide Kurse können mit AFBG (Meister-BAföG) gefördert werden, erfolgreiche Teilnehmer aus Bayern erhalten zudem jeweils einen Meisterbonus in Höhe von 3.000,00 Euro.

**Info:** Bildungszentrum München  
Mühldorferstraße 6 • 81671 München  
Telefon 089 450981-656 • Telefax 089 450981-732  
[www.hwk-muenchen.de/muenchen](http://www.hwk-muenchen.de/muenchen)  
[kerstin.wendt@hwk-muenchen.de](mailto:kerstin.wendt@hwk-muenchen.de)

**60 JAHRE**  
Ein unbequemer – fröhlicher Ort  
[www.derksen-gym.de](http://www.derksen-gym.de)

SEIT 1959 Derksen Gymnasium • Pfingstrosenstr. 73 • 81377 München • Tel. 089/780707-0

**SABEL Schulen München**

**FÜR JEDES TALENT DIE RICHTIGE SCHULE!**

SABEL Fachoberschule  
SABEL Realschulen (mit eigener Sport- und Filmklasse)  
SABEL Wirtschaftsschule (neu: ab Klasse 5)

Wir beraten Sie gerne persönlich!

E-Mail: [info@sabel.com](mailto:info@sabel.com), Schwanthalerstraße 51, 80336 München, nur 5 Min. vom HBF entfernt. Mehr auf [www.sabel.com](http://www.sabel.com)

## Per WWW gelernt und gelehrt

Die Digitalisierung erfordert neue Konzepte in der Erwachsenenbildung

Mit den strengen Regeln während der Corona-Pandemie haben Smartphone, Tablet und Laptop sowie digitale Lehr- und Lernveranstaltungen endgültig Einzug in Kurse und Trainings der inner- und außerbetrieblichen Fortbildung gehalten. Damit bieten sich – unabhängig vom Thema – auch neue Chancen in der Erwachsenenbildung, um Lernen abwechslungsreicher, individueller und kreativer zu gestalten. Gemäß der ARD/ZDF-Onlinestudie von 2023 nutzen mittlerweile 80 Prozent der Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren das Internet täglich, und 95 Prozent greifen regelmäßig – das heißt: mindestens wöchentlich – darauf zu. Pro Tag werden durchschnittlich knapp dreieinhalb Stunden im Internet verbracht, wobei die Nutzung medialer Onlineangebote mit mehr als zwei Stunden den größten Anteil hat. Darauf weist das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE) hin. Unter <https://wb-web.de/> findet sich das Dossier „Digitalisierung in der Erwachsenenbildung“ mit praktischen Hilfen zu unterschiedlichen Fragestellungen dieser Thematik.

Lehrende recherchieren Materialien und Hintergründe im Web; sie erstellen Skripte, Handouts, Übungen und Präsentationen digital. In Präsenz-Veranstaltungen sind digitale Medien bei Lehrenden und Lernenden nicht mehr wegzudenken. Dabei ist es nicht nur wichtig, bisherige Methoden besser oder effektiver einzusetzen, sondern das vorhandene Potenzial mit didaktischen Konzepten zu erschließen. Bewährte Methoden lassen sich digital erweitern, zum Beispiel durch Brainstorming mit digitalen Mindmaps, durch kollaboratives Schreiben oder durch digitale Aufgaben- und Arbeitsblätter. Nicht zuletzt ist das Netz für viele Dozierende wichtig, um die eigene Arbeit vorzustellen, sie zu verbreiten und sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen. Dorothea Friedrich

**SCHULVERBUND MÜNCHEN**  
Kohlstraße 5, 80469 München beim Isartor, Tel. 089/297029 – 293333

**Isar-Gymnasium**  
**Huber-Gymnasium**  
**Isar-Realschule** **Huber-Realschule**  
**Isar-Wirtschaftsschule**  
**Isar-Grundschule** **Isar-Mittelschule**  
**Isar-Fachoberschule**

Unsere Idee macht Schule – Für jeden Schüler die richtige Schule  
[www.schulverbund.de](http://www.schulverbund.de)

# Viele Wege führen zum Studienziel

Ob mit Erasmus+, mit Universitätsnetzwerken oder dem DAAD: Auslandssemester sind beliebt und begehrt – zudem steigern sie die Chancen auf den Traumjob, sei es im Inland oder weltweit

Es gibt viele gute Gründe für einen Studienaufenthalt im Ausland: Man kann die Welt entdecken, Sprachen lernen, seine eigenen Grenzen erweitern oder auch an der eigenen Karriere basteln – ein Auslandsaufenthalt macht sich in jedem Lebenslauf, heute CV genannt, gut. Nicht zuletzt gibt es in vielen anderen Ländern keinen Numerus clausus für bestimmte Fächer, etwa in der Humanmedizin.

Wer ein Auslandsstudium selbst organisieren will, hat sehr viel Arbeit vor sich – egal, ob es sich „nur“ um ein oder zwei Semester oder ein komplettes Studium samt Abschluss handelt. Doch zum Glück gibt es professionelle Ansprechpartner, die Auslandsstudienwillinge kompetent und kostenfrei beraten: etwa der DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst), eine Organisation, die von den deutschen Hochschulen und den Studierendenschaften getragen und vornehmlich vom Bund und der EU finanziert wird. Im Jahr 2022 hat der DAAD inklusive der EU-Programme mehr als 140.000 Menschen rund um den Globus gefördert. Das Angebot reicht vom Auslandsjahr für junge Studierende bis zum Promotionsstudium, vom Praktikum bis zur Gastdozentur, vom Informationsbesuch bis zum Aufbau von Hochschulen im Ausland. Der DAAD bereitet nicht nur Auslandsaufenthalte vor, sondern unterstützt die Finanzierung auch mit Stipendien. In der Stipendien-Datenbank finden sich derzeit 110 Fördermöglichkeiten, darunter Jahresstipendien für Studienaufenthalte im Ausland zum Erwerb internationaler Studierenerfahrung, Stipendien für einen Masterabschluss im Ausland oder Fördergelder für kombinierte Studien- und Praxissemester. Zu den Topprogrammen zählt ein zwölfmonatiges Stipendium der Studienstiftung und der Mercator-Stiftung für Graduierte, Doktoranden und Promovierte, bei dem die Stipendiatinnen und Stipendiaten bei zwei bis drei internationalen Organisationen, global tätigen NGOs, Non-Profit-Organisationen oder Wirtschaftsunternehmen tätig werden und eine eigene praktische Fragestellung bearbeiten.

## Partnerhochschulen

Der DAAD fungiert auch als deutsche Agentur für das EU-Programm „Erasmus+“, die Fortsetzung des langjährigen erfolgreichen Erasmus-Programms, das in seinen ersten 15 Jahren rund eine Million Stipendien vergeben hatte. Erasmus+ fördert Bachelor-, Master- und Promotionsstudiengänge bis zu zwölf Monate. Wer ein einziges Studium absolviert – zum Beispiel Medizin, Staatsexamen oder einen der alten Diplom-Studiengänge – wird bis zu 24 Monate unterstützt. Wer



dann promoviert, kann sich mit Erasmus+ für ein weiteres Auslandsjahr bewerben. Das EU-Programm ist nicht nur für die 27 EU-Mitgliedsstaaten gültig, sondern auch für die fünf Nicht-EU-Länder Island, Liechtenstein, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien und die Türkei. Großbritannien nimmt nach dem Brexit und aufgrund einer Regierungsentscheidung nicht am Erasmus-Programm teil. Eine Erasmus+-Förderung ist nur noch eingeschränkt möglich und hängt auch von der Heimat-Uni der Studierenden ab.

Wer an einer deutschen Universität eingeschrieben ist und ins Ausland gehen will, sollte sich mit der entsprechenden Stelle an seiner Uni in Verbindung setzen. Dort weiß man am besten, welche Studiengänge im Ausland anerkannt werden. Gerade die bayerischen Universitäten und Hochschulen pflegen zahlreiche Partnerschaften mit namhaften Universitäten im Ausland. Allein die Münchner Ludwigs-Maximilians-Universität LMU verfügt über ein riesiges Netzwerk mit 530 Partneruniversitäten in der ganzen Welt und unterstützt ihre Studierenden bei der Wahl der passenden Auslandshochschule. Gleiches gilt für die Technische

Universität München TUM, die Erlanger Friedrich-Alexander-Universität FAU, die Unis in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Eichstätt-Ingolstadt, Nürnberg, Passau, Regensburg und Würzburg sowie für die Universität der Bundeswehr in München und auch für zahlreiche bayerische Hochschulen. Die Vorteile eines direkten Kontakts zu einer Partner-Uni sind beträchtlich: Oft entfallen die dort üblichen Studiengebühren, das Bewerbungsverfahren ist einfacher,



Immer mehr Studiengänge werden immer internationaler. Kein Wunder, dass nicht nur Sprachen Studierende gerne eines oder mehrere Auslandssemester im Land ihrer Wahl absolvieren. Es gilt schließlich auch, den eigenen Horizont zu erweitern und bislang fremde Kulturen kennenzulernen. Nicht zuletzt ist es ein nicht zu unterschätzender Vorteil, dass in manchen Ländern der Numerus clausus wegfällt und damit der Weg zum Wunschstudium frei ist. Zudem gibt es etliche Beratungs-, Förder- und Stipendienmöglichkeiten, die die Wahl der passenden Uni erleichtern. Fotos: Adobe Stock

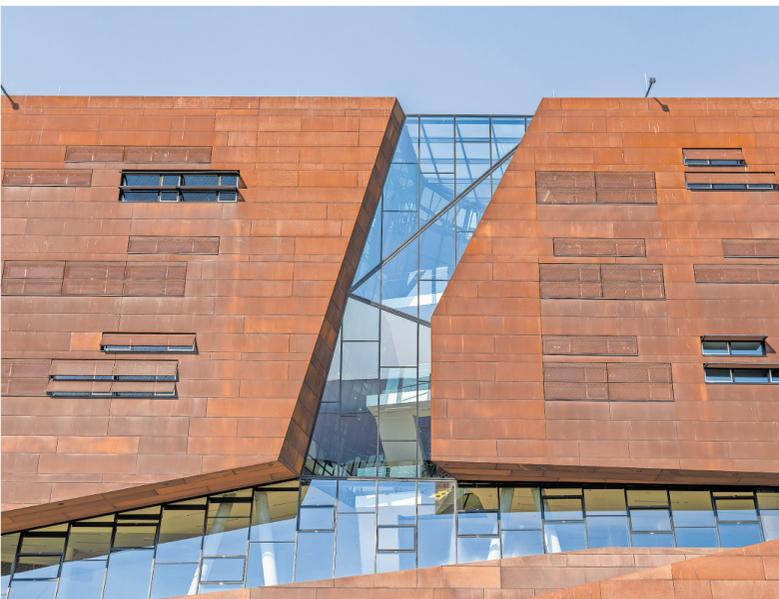
einige der ausländischen Partneruniversitäten helfen sogar bei der Wohnungssuche oder bei Visafragen. Zudem bestehen zuweilen persönliche Beziehungen zu den dortigen Lehrstühlen, sodass eine Vorabinformation über aktuelle Seminare möglich ist.

## Bafög-Förderung und soziale Absicherung

Für Erstinformationen lohnt sich übrigens ein Blick auf die einschlägigen Seiten der Bundesagentur für Arbeit – BA – ([www.arbeitsagentur.de/bildung/studium/wege-ins-ausland-im-studium](http://www.arbeitsagentur.de/bildung/studium/wege-ins-ausland-im-studium)). Zum Beispiel erfährt man dort, dass eine Bafög-Förderung innerhalb der EU und der Schweiz auch dann möglich ist, wenn man sein Studium von Anfang an in einem dieser Länder aufnehmen will. Wer in einem anderen Land studieren will, erhält immerhin mindestens sechs Monate oder ein Semester lang den jeweiligen Bafög-Satz. Auch wer in Deutschland kein Bafög erhält, sollte vor einem Auslands-Studienaufenthalt seinen Bafög-Anspruch prüfen lassen, raten die BA-Expertinnen und -Experten: Denn für das Auslands-Bafög gelten eigene Förderungsregeln.

Wenn ein Auslandsaufenthalt sinnvoll ist, hängt vom jeweiligen Studium ab. Bei Sprachstudiengängen macht laut den Profis von studienwahl.de (ein Service der BA) ein Vorort-Semester im ersten Studienjahr Sinn – um die Sprachkenntnisse zu vertiefen und kulturelle Besonderheiten aus erster Hand kennenzulernen. Bei einem Bachelorstudium bietet sich eine Auslands-Zwischenstation nach dem ersten oder zweiten Studienjahr an. Für Masterabschlüsse oder Doktoranden bietet sich Auslandssemester vor allem dann an, wenn internationale Themen bearbeitet werden. Das Deutsche Studierendenwerk ([www.studierendenwerke.de](http://www.studierendenwerke.de)) hat zudem einige wichtige Informationen zur Auslandskrankenversicherung, gerade auch für Menschen mit Vorerkrankungen zusammen gestellt.

Laut dem Statistischen Bundesamt studierten 2021 rund 138.000 junge Menschen im Ausland. (Neuere Zahlen liegen nicht vor.) Das beliebteste Zielland ist übrigens weiterhin Österreich mit mehr als 36.000 Studierenden, gefolgt von den Niederlande (24.400) und der Schweiz (12.400). Ehedem war das Vereinigte Königreich unter den Top drei, Brexit-bedingt waren 2021 nur noch rund 11.000 deutsche Studierende an einer britischen Universität eingeschrieben. Bei Humanmedizin-Studierenden scheinen übrigens – neben Österreich – einige osteuropäische Länder sehr beliebt zu sein, vor allem Litauen, Polen, Ungarn und Tschechien. Horst Kramer



So hochmodern wie das Studienangebot sind auch etliche Wiener Universitätsgebäude. Foto: Adobe Stock

# Studieren im Sechsstel-Takt

In Österreich gibt es zwar keinen Numerus clausus, wissenschaftliche Qualität hat dennoch oberste Priorität

Österreich ist nicht nur seit jeher das beliebteste Urlaubsland deutscher Touristinnen und Touristen, die Alpenrepublik führt auch seit Jahren das Ranking von Studierenden an, die im Ausland ihre wissenschaftliche Ausbildung absolvieren wollen. Nach den Corona-Jahren sogar noch deutlicher als in der Zeit zuvor. Die Gründe muss man eigentlich nicht erklären, dennoch seien sie hier einige genannt: die ähnliche Sprache, der weltbekannte Charme der Österreicherinnen und Österreicher, die hohe akademische Qualität ihrer Hochschulen, die erstklassigen kulinarischen Erzeugnisse und nicht zuletzt die Berge, Seen und Flüsse, sommers wie winters. Außerdem verzichtet der österreichische Staat auf Zugangsbeschränkungen wie den Numerus clausus, etwa in den Fächern Humanmedizin oder Psychologie. Dass ein guter Notenschnitt nicht automatisch mit der Empathiefähigkeit einer Ärztin oder eines Psychologen korreliert, haben die Nachfahren von Menschenkennern wie Arthur Schnitzler, Sigmund Freud, Joseph Roth, Ingeborg Bachmann oder Friederike Mayröcker schon lange verinnerlicht.

Dennoch gilt es in Österreich einiges zu beachten, gerade für deutsche Studierende. Etwa, dass man sich mit Lichtbildausweis bei der zuständigen Bundespolizeidirektion oder bei der Bezirkshauptmannschaft (eine Verwaltungsbehörde auf Bezirksebene) anmelden muss, wenn der Aufenthalt länger als drei Monate dauert – was ja schon bei einem einzigen Auslandssemester der Fall ist. Übrigens: Die Einheimischen können sich derartige Behördengänge mit der „ID Austria“, die im vergangenen Jahr eingeführt wurde, ersparen. Sie löste übrigens die Handy-Signatur und Bürgerkarte ab – ebenfalls Fremdworte und ungewohnte Services für deutsche Staatsangehörige.

Prinzipiell gleichen sich das deutsche und österreichische Hochschulsystem. Österreich verfügt derzeit über 22 öffentliche Universitäten, 21 Fachhochschulen, 14 Pädagogische Hochschulen sowie 17 Privatuniversitäten. Die größte Hochschule ist die Universität Wien mit fast 90.000 Studierenden, gefolgt von der Universität Graz mit 29.000 und der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck mit 28.000. Auf Platz vier folgt die TU Wien mit rund 26.000 knapp vor der Johannes-Kepler-Universität Linz mit 24.000 Studierenden. Eine der jüngsten und kleinsten, dennoch bedeutenden Einrichtungen ist das Jam Music Lab, eine Wiener Privatuniversität für Jazz und Populärmusik.

Die Zulassung zu einem Studium ist im Prinzip denkbar einfach: rechtzeitiges Einreichen der Unterlagen, Zahlung der Studiengebühren – das war's. Außer wenn sich an einer Uni oder Hochschule mehr Interessierte anmelden als es Studienplätze gibt; ein gar nicht so seltener Fall. Tritt der ein, führt die Einrichtung ein Aufnahmeverfahren durch. Das kann mehrstufig sein und zum Beispiel mit einem Online-Self-Assessment-Test und/oder mit einem Motivationsschreiben starten. Manche Einrichtungen setzen auf ein persönliches Vorstellungsgespräch, andere auf Multiple-Choice-Tests, bei denen Allgemeinwissen oder auch studienrelevante Inhalte abgefragt werden. Gerne streuen die Verantwortlichen bei den Tests auch Aufgaben ein, mit denen die kognitiven Fähigkeiten von angehenden Studierenden überprüft werden sollen. Betroffen sind meist Studiengänge wie Medizin, Pharmazie, Biologie, Psychologie, Sozialwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften, Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Lehramtsfächer, Sport oder auch Informatik und Wirtschaftsinformatik.

Das anspruchsvolle Auswahlverfahren zeigt: In Österreich wird Wert auf Kompetenz und Leistung gelegt. Wer glaubt, hier wissenschaftliche Meriten im Walzertakt erwerben zu können, liegt falsch.

Das Tempo und die Anforderungen sind in unserem liebsten Nachbarland mindestens so hoch wie bei uns. Tröstlich bei dem ganzen Studienstress: Er wird durch die hohe Lebensqualität zwischen Wien und Bregenz locker ausgeglichen.

Viele weitere Fragen zum Studium in Österreich werden auf den Seiten des österreichischen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung ([www.bmbwf.gv.at](http://www.bmbwf.gv.at)) beantwortet. Horst Kramer



**MCI**  
DIE UNTERNEHMERISCHE HOCHSCHULE



## Why not study at the top?

Bachelor · Master · Executive Education · PhD



ONLINE INFOSESSIONS

Bequem von zuhause aus informieren  
14. & 15.05.2024

---

BEWERBUNGSFRIST

26.05.2024

#wearemci  
[www.mci.edu](http://www.mci.edu)

Hagenberg · Linz · Steyr · Wels

# Studier dich fertig, nicht faltig.

Studier dich job-ready mit unseren Bachelor- und Master-Studiengängen in IT, Technik, Medien, Soziales und Management. Forschungsstark, praxisnah und mit besten Job-Aussichten.



## MEDIZIN & PSYCHOLOGIE STUDIEREN OHNE NC

JETZT BEWERBEN

[www.kl.ac.at](http://www.kl.ac.at)

- Praxisnaher Unterricht in Kleingruppen
- Klinische Ausrichtung in der Lehre
- Intensive persönliche Betreuung
- Wir beraten Sie persönlich!

Nähere Infos unter [www.kl.ac.at/beratung](http://www.kl.ac.at/beratung)



KARL LANDSTEINER KL  
PRIVATUNIVERSITÄT FÜR GESUNDHEITSWISSENSCHAFTEN



fh-ooe.at



Studieren in Oberösterreich

Bring dich → weiter